



© TrumpStudio - stock.adobe.com

Vom Hoffnungsträger zum Problemfall

Die schnelle Entzauberung des Karl Lauterbach

Es fehlte nicht an Warnungen: Karl Lauterbach beherrsche zwar den Auftritt in Talkshows und die Kommunikation auf „Twitter“ – das Zeug zum Minister habe er aber nicht. Dennoch übertrug ihm Kanzler Olaf Scholz die Leitung des Gesundheitsressorts. Zehn Monate nach seinem Amtsantritt ist der SPD-Politiker entzaubert, seine Beliebtheitswerte sind im freien Fall.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ widmete Lauterbach in seiner Ausgabe 37/2022 gleich fünf Seiten. Schonungslos decken die Autoren die Schwächen des Ministers auf. Der Tenor: Lauterbach hat sich mit seiner Corona-Politik veranant, wirkt überfordert und schafft es nicht, das Bundesgesundheitsministerium (BMG) mit seinen rund 700 Beamten und einem Haushalt von 35 Milliarden Euro in den Griff zu bekommen. In seinem Haus mehre sich der Unmut darüber, wie viel Kraft der Minister in die Pandemiebekämpfung stecke und wie wenig in die sonstige Gesundheitspolitik. Der Chef treffe zwar gerne Experten, aber weniger oft seine eigenen Beamtinnen und Beamten.

Frontalangriff auf die Zahnmedizin

Dass Lauterbach mit seinem Amt überfordert ist, können die Zahnärzte bestätigen. In seinem Entwurf des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes (GKV-FinStG) sehen sie „einen Frontalangriff auf die zahnmedizinische Versorgung“. Die geplante Wiedereinführung der Budgetierung in verschärfter Form werde zwangsläufig zu Leistungskürzungen und zu einer Ausdünnung der Praxislandschaft im ländlichen Raum führen. Das Milliardendefizit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat Lauterbach zwar von seinem Vorgänger Jens Spahn geerbt, doch bei der Lösung dieses Problems

greift er auf die politische Mottenkiste zurück. Sparen, kürzen, budgetieren – das ist alles, was dem Minister hierzu einfällt. „Projekte bleiben liegen oder werden nur noch langsam umgesetzt. Die erste große Krankenhausreform seit 20 Jahren etwa oder eine wirkliche Entlastung für die Krankenkassen. Oder dringend nötige Verbesserungen für Pflegebedürftige und Heimbewohner“, schreibt der Spiegel. „An Lösungen wird gearbeitet“, verkündete Lauterbach in seinem Lieblingsmedium, dem Kurznachrichtendienst „Twitter“.

Gegenspieler Holetschek

Die Schwächen des Bundesgesundheitsministers hat sein bayerischer Amtskollege Klaus Holetschek (CSU) schnell erkannt. Er entwickelte sich zum politischen Gegenspieler und zum Anwalt der Interessen von Ärzten und Zahnärzten. So erklärte er bereits beim Gesundheitspolitischen Sommerempfang von KVB und KZVB im Juli mit Blick auf das GKV-FinStG: „Wir lassen uns das nicht gefallen.“

BUNDESRAT CONTRA LAUTERBACH

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe lehnte der Bundesrat die Sparpläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ab und forderte unter anderem, die neue präventionsorientierte Parodontitis-Behandlungstrecke (PAR-RL) aus der Budgetierung herauszunehmen. Das GKV-FinStG ist jedoch nicht zustimmungspflichtig. Über die Entscheidung des Bundestages und die Konsequenzen daraus informieren wir Sie in der Ausgabe 11/2022 des BZB.

Der Bundesgesundheitsminister muss jetzt handeln. Er hat mit seinen unausgegorenen Plänen für die Stabilisierung der GKV-Finzen viele gegen sich aufgebracht: Ärzteschaft, Pharmaindustrie und sogar die Krankenkassen selbst sind unzufrieden mit den bislang bekannten Plänen. Es ist jetzt an der Zeit, dass Herr Lauterbach auf alle Betroffenen zugeht und gemeinsam einen soliden Kompromiss schmiedet. Auch die Länder müssen eingebunden werden. Es verfestigt sich das Bild, dass Gesundheitspolitik zunehmend im Bundesfinanzministerium gemacht wird. Das kritisiere ich auf das Schärfste. Herr Lauterbach darf sich nicht die Zügel aus der Hand nehmen lassen. Er ist verantwortlich für eine zukunfts-feste Gesundheitspolitik.“ Holetschek belässt es aber nicht bei einem „so nicht“, sondern zeigte auch Alternativen zu Lauterbachs Kostendämpfungsgesetz auf: „Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung muss stärker erhöht werden, als es der Entwurf bislang vorsieht. Bayern schlägt zudem seit Langem eine Erhöhung der Beiträge des Bundes für Bezieher von Arbeitslosengeld II vor. Auch eine Überprüfung der versicherungsfremden Leistungen muss sein.“ Auch beim Thema Medizinische Versorgungszentren treibt Holetschek seine Berliner Amtskollegen vor sich her. So führte er als damaliger Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz einen Beschluss herbei, in dem weitere Regulierungen für Gründung und Betrieb von MVZ gefordert werden. Dazu müsse eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden.

Sammelsurium unkoordinierter Einzelmaßnahmen

Auch die Opposition im Deutschen Bundestag hat sich längst auf Lauterbach eingeschossen. Stephan Pilsinger, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, warnte bereits im letzten BZB vor den Folgen des GKV-FinStG für die zahnmedizinische Versorgung. In einem Gastkommentar für „Die Welt“ warnt er vor einem „Beitragstsunami“. Das von der Bundesregierung vorgelegte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sei ein „Spargesetz, das mit einem Sammelsurium von unkoordinierten Einzelmaß-

nahmen einzig zum Ziel hat, das Defizit für 2023 vorübergehend auszugleichen.“ Mutigen, langfristig wirkenden Reformschritten mit entsprechendem Einsparpotenzial gehe Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach aus dem Weg. Pilsinger schließt sich den Vorschlägen Holetscheks an und fordert zudem eine echte Strukturreform bei den Krankenhäusern. „Wir benötigen umgehend echte, langfristig wirkende Maßnahmen und nicht nur kurzfristige Flickschusterei, wie sie die Bundesregierung aktuell praktizieren will.“

An Lauterbach prallt die Kritik bislang ab. Auch seine sinkenden Beliebtheitswerte kümmern ihn – zumindest nach eigenen Aussagen – kaum: „Ich habe ja einen einigermaßen schwierigen Job. Viele wollen gerade von Corona nichts mehr hören. Rankings dürfen in der Politik keine Rolle spielen. Populismus nützte sowieso nur kurzfristig“, zitiert ihn der „Spiegel“.

Schwerwiegender als die Angriffe der Opposition könnte aber die innerparteiliche Kritik sein. „Die Genossinnen und Genossen blicken skeptisch auf den Mann,

der in der Partei meistens ein Außenseiter war. Zuspruch von namhaften Sozialdemokraten ist gerade keiner zu verzeichnen. Auch der Kanzler schweigt zu seiner Performance. Ihm fehlen die Vertrauten, die Unterstützer, die Hausmacht“, schreibt der „Spiegel“.

Ob Lauterbach wieder Boden unter den Füßen bekommt, dürfte maßgeblich von zwei Faktoren abhängen: dem weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und der Entwicklung der Finanzlage der GKV. Wenn das Defizit 2023, wovon die meisten Experten ausgehen, trotz des GKV-FinStG weiterwächst, muss Lauterbach erneut gegensteuern. Weitere Leistungskürzungen dürften der SPD missfallen. Beitragserhöhungen, etwa durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, wird sich die FDP entgegenstellen. Und sollte das von Lauterbach durchgesetzte Infektionsschutzgesetz mangels schwerer Krankheitsverläufe im Herbst und Winter gar nicht zur Anwendung kommen, könnte es bald ziemlich einsam um ihn werden.

Leo Hofmeier



Die Kritik an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) wächst – nicht nur wegen seines umstrittenen GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes.